

Halten und Parken in Kleinmachnow UPDATE 30.06.2023

Der Bürgermeister macht nun seine Ankündigung wahr, in einem von der Gemeindeverwaltung festgelegten „Testgebiet“ eine neue „Ausgestaltung der Parkmöglichkeiten“ vorzunehmen – und zwar im Sinne des Umbaus zu einem Gebiet des absoluten Halteverbots. Das „Testgebiet“ umfasst die folgenden acht Straßenzüge: Heidefeld, Märkische Heide, Heiderietweg, Lupinenschlag, Habersfeld, Sperberfeld, Grasweg und Waldwinkel. An den Zufahrten in das „Testgebiet“ sollen Schilder für eine Halteverbotszone aufgestellt worden, womit er zum Teil schon begonnen hat. Begründet wird die Maßnahme damit, dass in den Straßen im „Testgebiet“ ein „absolutes Halteverbot“ besteht.

Diese Rechtsansicht ist nach unserer Einschätzung mit guten Argumenten angreifbar. Wir halten die Maßnahme für rechtswidrig. Sie ist zum Teil sachfremd (eigentlich, so der Bürgermeister, strebe er für Kleinmachnow die „Verkehrswende“ an), unverhältnismäßig und in sich nicht schlüssig. Dafür sehen wir eine Reihe von Gründen, die hier nicht im Einzelnen angeführt werden können. An dieser Stelle verweisen wir nur auf **unseren an den Bürgermeister gerichteten offenen Brief vom 9. Dezember 2022**

(siehe auch unsere Homepage www.FDP-Kleinmachnow.de).

Gemäß Informationsveranstaltung der Gemeindeverwaltung am 18. Oktober 2022 ist die „Ausgestaltung der Parkmöglichkeiten“ im „Testgebiet“ erst der Anfang. Der Bürgermeister plant nach eigenem Bekunden, im Prinzip ganz Kleinmachnow mit der Durchsetzung des von ihm angenommenen „absoluten Halteverbots“ zu überziehen. Denn seiner Ansicht nach gilt das „absolute Halteverbot“ für 70 Prozent der Straßen Kleinmachnows. Damit wäre im Hinblick auf Ausweichmöglichkeiten zum Halten und Parken letztlich das gesamte Straßenland Kleinmachnows betroffen.

Der Bürgermeister handelt gegen den wiederholt erklärten und sachlich vorgetragenen Bürgerwillen; Überlegungen aus der Bürgerschaft zur Lösung des wohl zumindest an manchen Tagen bestehenden Problems (Müllabfuhr) hat er beharrlich ignoriert.

Wir als FDP sind mit zwei sachbezogenen Anträgen in der Gemeindevertretung letztlich leider noch nicht durchgedrungen.

Der Bürgermeister handelt ohne erkennbare straßenverkehrsrechtliche „Not“, er bindet unnütz Verwaltungskapazitäten und „verbrennt“ Steuergelder – so bspw. für die Anschaffung von Verkehrszeichen und die derzeitige, von ihm als notwendig erachtete Wiederherstellung von Gehwegen auf den jeweils gegenüberliegenden Straßenseiten der örtlich und zeitlich begrenzt vorgesehenen Parkmöglichkeiten im „Testgebiet“.

Leider ist es an jedem Betroffenen selbst, sich zu überlegen, ob er dagegen vorgehen will, um letztlich vollendete Tatsachen zu verhindern. Das ist natürlich nicht ohne Risiko und kostet Zeit, Nerven und Geld. Aber: **Wir sind die Rechtsstaatspartei!**

Kleinmachnow, den 30.06.2023

Kontakt: uta.huehn@gmx.de